

wenn die Nationale Front des demokratischen Deutschlands das Gebot der Stunde erkennt und danach handelt. Herr Ministerpräsident, meine Herren Minister! Nutzen Sie das Vertrauen, das die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Ihnen im Namen der geeinten deutschen Arbeiterschaft entgegenbringt! Das große Erlebnis des gestrigen Abends hat Ihnen gezeigt, wie stark Ihnen das Herz des Volkes entgegenschlägt. Die Unterstützung des ganzen demokratischen Deutschlands wird Ihnen sicher sein, solange Sie an der Erfüllung der von Ihnen übernommenen Aufgaben in engster Verbindung mit dem Volk, für das Volk, wirken.

(Langanhaltender Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für uns gibt es nur ein Deutschland, für uns gibt es nur ein Berlin, nur diese Hauptstadt Deutschlands. Wir dürfen es als eine Bekräftigung dieses unseres gemeinsamen Willens betrachten, daß als erster Redner in dieser Sitzung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik der Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin das Wort genommen hat.

(Beifall)

Als nächster Redner spricht für die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Herr Abgeordneter Dr. Liebler.

Abg. Dr. Liebler (LDP):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei hätte den Wunsch, zu den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten länger und umfangreicher Stellung zu nehmen, als es angesichts der vorhandenen Zeit und der technischen Möglichkeiten, die gegeben gewesen sind, möglich ist. Wir behalten uns vor, noch auf die Punkte, auf die wir heute nicht eingehen, zu sprechen zu kommen.

Wir sind überzeugt, daß die Worte des Herrn Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung eine gute Grundlage für eine wahrhaft demokratische Arbeit in ganz Deutschland sein können, bestimmt aber bei uns, solange die Einheit noch nicht wiederhergestellt ist, sein werden, und ich glaube, daß wir alle entschlossen sind, unseren Schwestern und Brüdern im Westen zu zeigen, was wir unter einer wirklichen, einer realen Demokratie verstehen und wie weit sie selbst noch davon entfernt sind. Wir sind der Ansicht, daß ein aufgespaltenes Deutschland keine Gewähr für den Frieden bieten kann, und es ist ein beschämendes Beispiel der Zerrissenheit, es ist aber auch ein beschämendes Beispiel einer kurzsichtigen Politik, daß man dazu beiträgt, daß Deutsche gegeneinander politisieren und nicht ihre Kräfte zusammenfassen, um die in den Dreck gefahrene Karre gemeinschaftlich wieder herauszuziehen.

(Beifall)

Wir sind der Ansicht, daß man uns Vorschriften über das, was man unter Demokratie versteht, nur machen kann, wenn man sich selbst bemüht, uns die Demokratie vorzuleben,

(sehr richtig!)

und ich glaube, daran fehlt es noch gerade bei den Kräften, die gesagt haben, daß sie hie das deutsche Volk bekämpfen, sondern nur das Regime. Das Regime ist vernichtet. Warum widersetzt man sich vom Westen her der Einheit und dem Frieden? Diese Frage stellen heischt eine Antwort. Wir hoffen, daß die staatsmännische Klugheit auch über jene kommt, die glauben, daß der Zustand, wie er sich im Herzen Europas, im deutschen Volke, jetzt dokumentieren muß, gut für eine Entwicklung zum Frieden überhaupt sein könnte. Wir wissen, und wir erkennen es in dieser Stunde als

Liberaldemokraten ohne Vorbehalt dankbar an — und das betone ich gerade gegenüber den kritischen Stimmen, die Stellung gegen uns aus dem Westen her nehmen —, daß die Sowjetunion uns bisher noch keinen Anlaß gegeben hat, an ihrem ehrlichen Willen zu zweifeln, daß sie die Einheit Deutschlands und eine Befriedung Deutschlands wünscht.

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, daß die demokratischen Kräfte in Deutschland, wären sie vor 1933 geeint gewesen, in der Lage gewesen wären, das Unheil aufzuhalten. Wir sind der gleichen Ansicht und glauben, daß wir aus dieser Feststellung für die Zukunft auch die erforderlichen Folgerungen in stärkerem Maße als bisher zu ziehen verpflichtet sind. Es kann verschiedene politische Auffassungen geben; das schließt aber nicht die persönliche Achtung voreinander aus. Ich glaube, daß wir in einer Demokratie nur dann gedeihlich arbeiten können, wenn man auch in dem politisch Andersdenkenden einen Menschen sieht, der nichts weiter will als das Ringen um den besten Weg für sein Volk.

(Sehr gut!)

Wir wollen nicht in den Fehler verfallen wie vor 1933, wo wir mindestens 35 verschiedene Parteien gehabt haben, die um ihres Parteiprogramms willen arbeiteten und vorgabeh, für ihr Vaterland zu schaffen. Wir sind der Überzeugung, daß über alle politische Arbeit zunächst und ausschließlich der Blick auf das Gesamtwohl des ganzen Volkes gerichtet werden muß. Wir sind darüber hinaus auch der Ansicht, daß unsere bisherige und zukünftige politische Arbeit nicht ausschließen kann und wird, daß wir wohl in Weltanschaulichen Fragen getrennt, in wesentlichen Dingen aber gemeinschaftlich zum Wohle des ganzen Volkes zu arbeiten in der Lage sind.

Der Herr Ministerpräsident hat weiterhin darauf hingewiesen, daß der neue Weg der Demokratie, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern Grundlage der politischen Handlungen und der Arbeit der Regierung sein wird. Wir sind mit ihm einer Ansicht, und ich möchte auch in dieser Stunde sagen, daß wir auch mit den Völkern, die uns jetzt in unserer nationalen Selbständigkeit und im Kampf um die Herbeiführung des Friedens Schwierigkeiten bereiten, wahrscheinlich wesentliche Berührungspunkte haben, daß uns nur trennt die politische Arbeit gewisser Staatsmänner. Staatsmänner, bei denen als Endziel ihrer politischen Arbeit kein anderer Ausweg steht als der Krieg, werden sich nicht mehr allzu lange halten. Das ist unsere feste Überzeugung. Die Völker werden es nicht zulassen, daß die von ihnen gewählten Staatsmänner arbeiten und schaffen für einen neuen Krieg. Die Völker wollen den Frieden, und ich glaube, diese große, über alle willkürlich gezogenen Grenzen nicht nur in unserem Vaterlande, sondern in der Welt auflebende Verständigung ist auf dem besten Wege.

Meine Damen und Herren! In dieser Stunde ist es auch uns Liberaldemokraten ein heißer Wunsch, zu unseren Schwestern und Brüdern im Westen die Brücke zu schlagen. Wir wollen nichts tun, was die Gegensätze verschärft. Wir sind davon überzeugt, daß, wenn die Menschen im Westen einmal selbst Gelegenheit haben, mit uns zu sprechen und mit uns zu arbeiten, sie den Irrtum, in dem sie gehalten worden sind, einsehen werden. Wir glauben daher, daß wir im Wege brüderlicher und schwesterlicher Verständigung arbeiten müssen, und wir haben auch die entsprechende Zusage in der Regierungserklärung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Wenn wir aber jetzt darangehen, uns von der Vergangenheit und dem Zustand vielfacher Rechtsunsicherheit auf verschiedenen Gebieten zu lösen, so wollen wir es in dieser Stunde mit aller Klarheit aussprechen: jede Verletzung der Verfassung und der in ihr ent-